

MEDIENMITTEILUNG

Verbreitung 12.11.2025 / 10:00 Uhr

Sperrfrist **12.11.2025 um 10:00 Uhr / Start Medienkonferenz**

Regierungsrat legt überarbeiteten Voranschlag 2026 vor

Der Kantonsrat hat in der Oktober-Session den Voranschlag 2026 sowie den Aufgaben- und Finanzplan 2026–2029 beraten. Dabei wurde das Ausgaben- und Leistungswachstum sowie insbesondere das Personalwachstum kritisch beurteilt. Daher hat der Kantonsrat den Aufgaben- und Finanzplan 2026–2029 nicht genehmigt und den Voranschlag 2026 an den Regierungsrat zurückgewiesen. Der Regierungsrat hat den Voranschlag 2026 überarbeitet und den betrieblichen Aufwand insgesamt um 28,2 Millionen Franken gekürzt. Das Personalwachstum wurde in verschiedenen Hauptaufgaben um 83 Stellen reduziert.

In der Oktobersession hat der Kantonsrat den Aufgaben- und Finanzplan 2026–2029 sowie den Voranschlag 2026 beraten. Der Kantonsrat hat den Voranschlag 2026 mit dem Auftrag zur Überarbeitung an die Regierung zurückgewiesen. Dies mit der Forderung, sich auch für das Jahr 2026 am Wirtschaftswachstum von 1,2 Prozent zu orientieren. Das Personalwachstum wurde dabei in verschiedenen Hauptaufgaben um 83 Stellen reduziert.

Weiter hat das Parlament jedoch Bereiche definiert, die von der Reduktion ausgenommen werden sollen: Mobilitätsfinanzierung, Standortförderung sowie Ausbau Justiz und Polizei. Ebenfalls nicht überarbeitet werden sollen gemäss den Ausführungen des Kantonsrates Aufwandsteigerungen, die auf einem Mengenwachstum basieren oder durch gebundenes Wachstum verursacht werden. Der überarbeitete Voranschlag 2026 wird in der Dezembersession im Kantonsrat behandelt. Der Aufgaben- und Finanzplan wurde einstimmig nicht genehmigt. Der Kantonsrat erwartet für die nächste Beratung im Herbst 2026 einen Aufgaben- und Finanzplan 2027–2030, der sich hinsichtlich dem Ausgabenwachstum am Wachstum der Wirtschaft (BIP) orientiert.

Ausgabenwachstum um rund 30 Millionen Franken reduziert

Der Regierungsrat hat den Voranschlag 2026 im Hinblick auf die Beratung überarbeitet und ist dabei den Leitlinien gefolgt, die von einer Mehrheit des Parlaments definiert wurden. Im überarbeiteten Voranschlag wurde das Ausgabenwachstum beim betrieblichen Aufwand um 28,2 Millionen Franken reduziert.

Bei der Überarbeitung des Voranschlags 2026 wurden zwei Forderungen des Parlaments aufgenommen sowie eine Aktualisierung vorgenommen. Wie vom Kantonsrat gefordert, wird die Ausgleichszahlung an die Gemeinden für den Wasserbau anteilmässig auch im Jahr 2026 ausbezahlt, was den Aufwand um rund 3,8 Millionen Franken erhöht. Weiter wird dem Wunsch des Parlaments teilweise Rechnung getragen, indem die Gemeinden bei den Volksschulen um 6,45 Millionen Franken entlastet werden. Das entspricht der Hälfte des Betrags für die Neufestsetzung der Standardkosten für Schulinfrastrukturen. Dieser Betrag setzt sich hauptsächlich aus einem einmaligen Kantonsbeitrag von rund 5,0 Millionen Franken im Zusammenhang mit der Neufestsetzung der Standardkosten der Volksschule und Einsparungen im Sonderschulbereich zusammen.

Aufgrund der zwischenzeitlich bekannten Erhöhung der Krankenkassenprämien wird die Summe für die Auszahlung der individuellen Prämienverbilligung um 9,4 Millionen Franken zugunsten der Bevölkerung erhöht. Der Anteil, den der Kanton neben dem Bund sowie den Gemeinden an die

Summe zu leisten hat beläuft sich auf 3,8 Millionen Franken und führt zu einer entsprechenden Aufwandsteigerung.

Insgesamt verbessert sich das Gesamtergebnis unter Berücksichtigung aller Faktoren somit um 19,6 Millionen Franken. Die wesentlichen Veränderungen in den einzelnen Hauptaufgaben können der Auflistung im Anhang entnommen werden.

Fülle und Komplexität der Aufgaben in der Verwaltung nehmen zu

Finanzdirektor Reto Wyss ordnet die überarbeitete Vorlage wie folgt ein: «Die Aufgaben des Kantons nehmen an Fülle und Komplexität laufend zu, was in der vergangenen Session unbestritten war. Ebenso unbestritten war, dass die Verwaltung die Leistungen erbringen muss, die zur gesetzeskonformen Aufgabenerfüllung sowie aufgrund der politischen Vorgaben erforderlich sind. Der Regierungsrat ist überzeugt, mit dem überarbeiteten Voranschlag 2026 den Vorgaben des Parlaments zu entsprechen und so einen budgetlosen Zustand verhindern zu können.»

Kontakt

Sämi Deubelbeiss

Leiter Kommunikation

Finanzdepartement des Kantons Luzern

Telefon 041 228 77 56

saemi.deubelbeiss@lu.ch

Anhang: Wesentliche Veränderungen in den Hauptaufgaben

H0 Allgemeine Verwaltung:

In der Hauptaufgabe H0 Allgemeine Verwaltung wird eine Aufwandreduktion von insgesamt 5,4 Millionen Franken realisiert. Dabei wird auf 18,7 neue Vollzeitstellen verzichtet. Dies betrifft in erster Linie Stellen für den geplanten Aufbau von KI-Kompetenzen sowie die Digitalisierung gemäss der kantonalen Digitalstrategie.

H1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit:

In der Hauptaufgabe H1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit verzichtet das Strassenverkehrsamt insgesamt auf 1,5 neue Vollzeitstellen. Zusammen mit den Reduktionen im Sach- und übrigen Betriebsaufwand wird der betriebliche Aufwand um insgesamt 1,0 Millionen Franken reduziert.

H2 Bildung:

In der Hauptaufgabe H2 Bildung wird der Aufwand um 8,2 Millionen Franken reduziert und insgesamt auf 30,8 neue Vollzeitstellen verzichtet. Realisiert wird diese Kürzung durch eine deutliche Reduktion bei der Digitalisierung, vor allem die der Volksschul-, der Gymnasial- sowie der Berufs- und Weiterbildung. Auf die höhere Entlastung für Klassenlehrpersonen an den Berufsfachschulen sowie auf die Einführung von Bildungskonten muss verzichtet werden. Weiter wird auf diverse Sachaufwände verzichtet und der Aufwand um insgesamt 3,2 Millionen Franken reduziert.

Zur Abfederung der Neufestsetzung der Kantonbeiträge im Bereich Liegenschaften der Volksschulen werden die Gemeinden um 6,45 Millionen Franken entlastet, was der Hälfte der Senkung entspricht. Dieser Betrag setzt sich hauptsächlich aus einem einmaligen Kantonsbeitrag von rund 5 Millionen Franken und 1,3 Millionen Franken tieferen Kosten im Sonderschulbereich zusammen. Mit weiteren Massnahmen werden die Gemeinden um insgesamt 6,45 Millionen Franken entlastet.

H3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche:

In der Hauptaufgabe H3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche wird teilweise auf die geplante Umsetzung der Digitalisierung im Kulturbereich verzichtet, womit sich der Stellenaufbau um 2,3 Vollzeitstellen und 0,3 Millionen Franken reduziert.

H4 Gesundheit:

In der Hauptaufgabe H4 Gesundheit kann basierend auf den aktuellen Zahlen davon ausgegangen werden, dass sich die Kosten für fallabhängige stationäre Leistungen für den Kanton Luzern im Jahr 2026 gegenüber den im Frühjahr 2025 budgetierten Werten um 4,0 Millionen Franken reduzieren werden. Dies wurde im überarbeiteten Voranschlag 2026 berücksichtigt.

H5 Soziale Sicherheit:

In der Dienststelle Asyl- und Flüchtlingswesen wird auf insgesamt 29,8 Vollzeitstellen verzichtet. Der Personalaufwand sinkt dadurch um 3,0 Millionen Franken. Die übrigen Reduktionen in der Höhe von 17,1 Millionen Franken entfallen vor allem auf den Transferaufwand. Insgesamt reduziert sich der betriebliche Aufwand in diesem Bereich um 20,1 Millionen Franken.

Aufgrund der definitiven Festlegung der Parameter sind im Aufgabenbereich Sozialversicherungen zusätzliche Ausgaben von 9,4 Millionen Franken (brutto) für die Prämienverbilligung vorgesehen. Unter Einbezug der angepassten Beiträge von Bund und Gemeinden erhöht sich das Globalbudget dadurch netto um 3,8 Millionen Franken.

Insgesamt wird der betriebliche Aufwand in der Hauptaufgabe H5 Soziale Sicherheit um 10,7 Millionen Franken reduziert.

H7 Umwelt und Naturgefahren:

In der Hauptaufgabe H7 Umwelt und Naturgefahren wird die geplante Erhöhung des Globalbudgets im Aufgabenbereich Förderung Klima und Energie im Voranschlag 2026 von 12 Millionen Franken auf 4,8 Millionen Franken reduziert.

Im Aufgabenbereich Naturgefahren werden zusätzliche Aufwände von 3,8 Millionen Franken für die Ausgleichszahlungen an die Gemeinden eingeplant, da der Kantonsrat die vom Regierungsrat vorgeschlagene Einmalzahlung im Jahr 2025 abgelehnt hat.

Insgesamt beträgt die Aufwandreduktion in der Hauptaufgabe H7 Umwelt und Naturgefahren 3,4 Millionen Franken.

H8 Volkswirtschaft und Raumordnung:

In der Hauptaufgabe H8 Volkswirtschaft und Raum wird auf die Umsetzung von im Jahr 2026 geplanten Digitalisierungsprojekten teilweise verzichtet. Der Aufwand wird um 0,1 Millionen Franken reduziert.